25. MÄRZ. 22 - № 5

BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen & Leser,

neben dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, unter dem die Bevölkerung seit inzwischen einem Monat leiden muss und der natürlich weiterhin alle politischen Debatten überschattet, drehte sich im politischen Berlin diese Woche vieles um die Haushaltspläne der Ampel-Koalition.

Mit der Vorstellung des Haushaltsentwurfes 2022 ist klar, dass der selbstbewusste Anspruch von Finanzminister Lindner, das finanzpolitische Korrektiv des links-gelben Regierungsbündnisses zu sein, überhaupt gar nichts mit der Realität zu tun hat. Dem Haushalt fehlt jede übergeordnete Zielrichtung, einzig die Tatsache, dass die inneren Konflikte der Koalition durch mehrere Nebenhaushalte und zweckentfremdete Milliarden zugeschüttet werden, zieht sich quasi durch jeden Einzelplan des Entwurfs. Die gleiche Handschrift trägt das "Entlastungspaket" gegen die explodierenden Energiepreise. Statt einem ganzheitlichen Konzept zur substantiellen Entlastung wird ein kleinteiliges Bürokratiemonster erschaffen, in dem nur scheinbar für jeden ein bisschen was dabei ist. Da wundert es nicht, dass etwa Rentner, Studenten und Unternehmen komplett übersehen werden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich vor allem über Ihr Feedback zu den Themen der Woche. Ich wünsche Ihnen einen wunderbares Frühlingswochenende!

Herzliche Grüße

Ihr

Michael Frieser

Michael Frieser
CSU Für Nürnberg & Schwabach
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin - michael.frieser@bundestag.de - 030 227 71931

DIE THEMEN DER WOCHE

NEUES AUS DEM WAHLKREIS

Ampel-Haushalt: auf Sand gebaut

Im Mittelpunkt der zurückliegenden Sitzungswoche stand das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022, das wir in erster Lesung beraten haben. Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt wie unter dem Brennglas, was der links-gelben Koalition fehlt: Prioritätensetzung. Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden nicht angegangen, die tiefe innere Zerissenheit der Koalition wird mit viel Geld kaschiert. Man flüchtet sich in rekordverdächtige Neuverschuldung und einen vagen Ergänzungshaushalt. Der Bund soll im Jahr 2022 mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen, ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Aber schon auf den ersten Blick ist klar: Diese Annahmen sind auf Sand gebaut. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten. Besonders heikel: Christian Lindner hat bereits jetzt einen Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden angekündigt. Darüber hinaus stehen noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen zu 100 Mrd. Euro aus. Damit wird am Ende ein einheitlicher Bundeshaushalt 2022 stehen – mit einer Nettokreditaufnahme von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro. Die Ampel muss endlich erkennen, dass Generationengerechtigkeit nicht nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft ist. Dieser Haushalt lädt die Probleme der Gegenwart bei zukünftigen Generationen ab. Seriöse parlamentarische Beratungen sind auf Basis dieser vagen Zahlenspielereien nicht möglich. Wir erwarten endlich Vorschläge für klare Prioritätensetzungen und Pläne zur Gegenfinanzierung. Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand.

Energiepreise: echte Entlastung bleibt aus

Der Koalitionsausschuss hat ein Paket vorgestellt, das angeblich die Bürger von den explodierenden Energiepreisen entlasten soll. Immerhin ist der Finanzminister von seinen Tankgutscheinen abgekommen und nähert sich dem Vorschlag der Union die Energiesteuer zu senken. Aber die Maßnahmen sind nicht ausreichend, um wirkliche Entlastung zu bringen. Statt einer zielgerichteten Entlastung findet sich ein Sammelsurium von Maßnahmen, damit für jede Ampelklientel, was dabei ist. Der ländliche Raum kommt in der urbanen, großstädtischen Denke der Ampel dabei nicht vor – eine wirkliche Hilfe für Pendler bleibt dementsprechend aus. Auch für die Wirtschaft gibt es keine echte Entlastung- keine der beschlossenen Maßnahmen hilft dem produzierenden Gewerbe in Deutschland. Alles in allem zu wenig und zu kompliziert und wie dieses Bürokratiemonster finanziert werden soll, ist vollkommen offen. Dabei verdient der Staat an den gestiegenen Preisen allein für Öl und Gas 450 Mio. Euro im Monat. Das Geld sollte die Ampel den Bürgern unbürokratisch über eine Senkung der Mehrwertsteuer zurückgeben. Das würde wirklich helfen.

NEUES AUS DEM WAHLKREIS:

Baden in historischer Kulisse: Volksbad öffnet im Dezember 2024

Nach jahrelangen Bemühungen der Entscheidungsträger aller politischen Ebenen in Bund, Land und Stadt, die Finanzierung zu sichern, haben die Sanierungsarbeiten im Nürnberger Volksbad begonnen. Der Bund steuert 8, der Freistaat 18 Millionen zu den Gesamtkosten von 55 Millionen Euro bei. Nach der schriftlichen Zusage aus Berlin hat Ministerpräsident Markus Söder diese Woche auch die Förderzusage des Freistaates überreicht. Die Sanierung des 1914 eröffneten Jugendstilbades – in dem ich selbst übrigens das Schwimmen gelernt habe – ist der Schlusspunkt von drei Jahrzehnten, in denen das Bad dem Verfall überlassen wurde, weil die Finanzierung immer wieder scheiterte. Das Ergebnis der Arbeiten sollen Badegäste bereits im Dezember 2024 erleben können.

Rangierbahnhof Nürnberg: Neue Bremsen für weniger Lärm

Vor 10 Jahren hat die Bahn in einem Pilotprojekt sogenannte Schmierbremsanlagen in Betrieb genommen, um Anwohner und DB-Beschäftigte vom Quietschen der rollenden Güterwagen in den Gleisbremsen zu entlasten. Nach beeindruckenden Erfolgen mit Blick auf die Lärmreduktion in den ersten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Wartung des Pilotprojekts, speziell im Bereich Instandsetzung und Entstörung, erhebliche Probleme bereitet. Starke Schwankungen der Bremswirkung durch das Schmiermittel haben die sichere Handhabung beeinträchtigt. In der Folge musste die Anlage zum Teil außer Betrieb gestellt werden, wodurch die Lärmbelastung entsprechend angestiegen ist. Zusammen mit der Politik sind die Bürgervereine Hasenbruck und Siedlungen Süd deshalb an die Bahn herangetreten, um nach alternativen Lösungen zu suchen. Der Konzern hat reagiert und bei einem Ortstermin eine Roadmap für die Installation einer neuen Anlage mit Hybrid-Bremsbacken, die bereits im Rangierbahnhof Maschen erfolgreich im Einsatz ist, vorgestellt. Ein Teil der Gleisbremsen soll in 2022 und 2023 damit ausgerüstet werden. Die DB erwartet davon eine jeweils erhebliche Verringerung der Lärmemissionen von insgesamt rund 60%. Langfristig steht die Renovierung des gesamten Rangierbahnhofs an, bei der auch die restlichen Gleisbremsen umgerüstet werden sollen.

Veranstaltungshinweis